



Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

23. Sitzung des Herrenhauses (vom 24. Mai).

12 Uhr. Am Ministerial-Campanien, Leonhardt, Friedenthal, Ministerial-director Marcard, Landsturmmeister Haas, und die Geh. Räthe von Brauchitsch, Kurlbaum und Stözel.

Ein Schreiben des Ministers des Innern zeigt an, daß die auf Präsentation der Städte Elbing und Dortmund erfolgte Berufung der Bürgermeister Seife und Dr. Beder durch ihre Wahl und Bestätigung zu Oberbürgermeistern von Königsberg und Köln erloschen ist, und daß ferner der Oberpräsident von Preußen die Bestellung erhalten hat, für den verstorbenen Stadt-Rath Jäcius, Vertreter von Königsberg, eine neue Präsentationswahl vornehmen zu lassen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Erhaltung und Begründung von Waldgenossenschaften, sowie die Bildung von Waldgenossenschaften.

In der General-Discussion erklärt sich Graf Udo zu Stolberg für das Gesetz, welches einen dringenden Bedürfnisse entspreche; das Cultureddict von 1811 hat allerdings in manchen Beziehungen heilame Wirkungen geübt, aber gerade in Beziehung auf den Waldbau nicht unerhebliche Calamitäten zur Folge gehabt. Das Gesetz wird aber ein Monolog bleiben, wenn die Regierung bei der Ausführung desselben die Initiative lediglich den Interessenten überlassen will; sie hat ja aber die Mittel in der Hand, die Bildung von Waldgenossenschaften zu erzwingen. Redner spricht nur die Hoffnung aus, daß die Regierung die Bildung von Waldgenossenschaften, wenn nötig auch durch Geldunterstützung, auf alle mögliche Weise fördern werde.

Graf zur Lippe verspricht sich von der Ausführung dieses Gesetzes keine erheblichen Vortheile, weil es nicht eher in Wirklichkeit treten könne, ehe nicht die Organisation des Verwaltungstreitverfahrens abgeschlossen ist; er vermitte ferner eine strenge und präzise Scheidung der thatfachlichen und juristischen Momente bei Streitfällen in Waldschuhangelegenheiten und Garantien zu Schutz des Rechtes der Einzelnen.

Minister Dr. Friedenthal: Die Wirklichkeit dieses Gesetzes wird allerdings lediglich von der Ausführung und von den dazu verwendeten Mitteln abhängen; die Ausführung wird aber in einem Sinne erfolgen, daß diesem Gesetz eine lebendige und kräftige Wirklichkeit geöffnet wird. Dem Vorredner will ich nur erwidern, daß das Gesetz auch vor dem Abschluß der Organisation des Verwaltungstreitverfahrens zur Ausführung kommen kann; denn wenn man jetzt auch in jedem Gesetz feststellen muß, ob die Materie desselben seiner Zeit zur Entscheidung der Verwaltungsbörde oder der Verwaltungsgerichte oder der ordentlichen Gerichte gehören solle, so kann doch über die Kompetenzfrage in allen unter dieses Gesetz fallenden Sachen kein Zweifel bestehen. Die Hauptthätigkeit bei diesen Streitfällen wird dem Kreisausschuß zufallen, dessen Entscheidung in den meisten Fällen die endgültige sein wird; dabei eine Trennung von thatfachlichen und juristischen Momenten zu statuieren, würde nur zu Weitläufigkeiten und Verwirrung führen. Fragen rein technischer Natur werden niemals oder sehr selten an die zweite Instanz, das Verwaltungsgericht, geben; sollte dies vorkommen, so wird das letztere sich neue Gutachten einzufordern und danach zu entscheiden haben. Über die wohlberechtigten Einwendungen Einzelner wird man nicht einfach hinweggehen und jedenfalls ist der Kreisausschuß ganz dazu geeignet, die Interessen seiner Kreisangehörigen nach Gerechtigkeit zu bewahren. Der Hauptvortheil, den dieses Gesetz bietet, ist aber der, daß wir endlich einmal von der Theorie zur Praxis übergehen; ich bitte Sie deshalb, das Gesetz anzunehmen.

Oberbürgermeister Bredt (Barmen) empfiehlt ebenfalls dringend die Annahme der Vorlage; Graf zur Lippe hat in dieser Session jeden Gesetz-Entwurf abgelehnt, die Vormundschaftsordnung, die kirchlichen Vorlagen und nun will er auch dieses Gesetz ablehnen. Er bellagt sich immer über die Fluth von Geisen, mit denen uns die Regierung überschütten; wenn es nach ihm ginge, würden wir wohl an einer Ebbe leiden, die bald zur Dürre führen würde. Die Provinzialbehörden werden die Einführung des Gesetzes mit Sehnacht erwarten, denn wir haben uns bisher immer schämen müssen, daß die süddeutschen Staaten und Österreich uns in dieser Angelegenheit mit einer Mustergesetzgebung vorangegangen sind. Man darf sich heute nicht an theoretische und formelle Mängel stößen, denn das Gesetz entspricht einem lebhaft geschilderten Bedürfnis. Redner spricht die Hoffnung aus, daß Gemeinde- und Regierungsbehörden die Bildung von Waldgenossenschaften endlich einmal von der Theorie zur Praxis übergehen; ich bitte Sie deshalb, das Gesetz anzunehmen.

Dem Vorredner will ich nur erwidern, daß das Gesetz auch vor dem Abschluß der Organisation des Verwaltungstreitverfahrens zur Ausführung kommen kann; denn wenn man jetzt auch in jedem Gesetz feststellen muß, ob die Materie desselben seiner Zeit zur Entscheidung der Verwaltungsbörde oder der Verwaltungsgerichte oder der ordentlichen Gerichte gehören solle, so kann doch über die Kompetenzfrage in allen unter dieses Gesetz fallenden Sachen kein Zweifel bestehen. Die Hauptthätigkeit bei diesen Streitfällen wird dem Kreisausschuß zufallen, dessen Entscheidung in den meisten Fällen die endgültige sein wird; dabei eine Trennung von thatfachlichen und juristischen Momenten zu statuieren, würde nur zu Weitläufigkeiten und Verwirrung führen. Fragen rein technischer Natur werden niemals oder sehr selten an die zweite Instanz, das Verwaltungsgericht, geben; sollte dies vorkommen, so wird das letztere sich neue Gutachten einzufordern und danach zu entscheiden haben. Über die wohlberechtigten Einwendungen Einzelner wird man nicht einfach hinweggehen und jedenfalls ist der Kreisausschuß ganz dazu geeignet, die Interessen seiner Kreisangehörigen nach Gerechtigkeit zu bewahren. Der Hauptvortheil, den dieses Gesetz bietet, ist aber der, daß wir endlich einmal von der Theorie zur Praxis übergehen; ich bitte Sie deshalb, das Gesetz anzunehmen.

Damit schließt die Generaldebatte. In der Specialdebatte werden die einzelnen Paragraphen ohne Debatte angenommen. Nur an § 2, der die Beschränkung des Eigentums für die verschiedenen Fälle der drohenden Gefahr enthält, knüpft sich eine längere Debatte. Nach diesem Paragraphen soll eine Beschränkung eintreten in Fällen, wo b) durch das Abgremmen des Bodens oder durch die Bildung von Wasserstürzen in hohen Freilagen, auf Berggründen, Berggipfeln und an Bergabhängigen, die unterhalb liegenden nutzbaren Grundstüden, Straßen oder Gebäude der Gefahr einer Überschwemmung mit Erd- oder Steingeröll, oder der Überschwemmung, in gleichen überhalb gelegenen Grundstüden, öffentliche Anlagen oder Gebäude der Gefahr des Nachzufließens, in erheblichem Grade ausgezeigt sind. Professor Tellkampf beantragt auch in diesem Falle, wie unter den späteren Fällen, den Eingang lautet: „Durch die Versiedlung eines Waldbestandes.“

Professor Dr. Tellkampf: Der vorliegende Gesetzentwurf entspricht dem Gesamtinteresse an der Erhaltung der Waldungen und ist entschieden zur Annahme zu empfehlen. Nur wünsche ich durch meinen Antrag dahin zu wirken, daß die Waldungen auf den Bergen erhalten werden. „Durch Fallung der Bäume“, sagt A. v. Humboldt, „welche die Berggipfel und Bergabhängigen beden, bereiten die Menschen unter allen Himmelsstrichen dem kommenden Geschlechter eine doppelte Plage: Mangel an Brennstoff und Wassermangel. Der über heiße Sandflächen hinziehende, noch in Dampfform befindliche Regen wird sich nur über den kühlen Altmöhären der Wälder zu tropfbaren Flüssigkeit verdichten und als Regen niederschlagen.“ Die Wälder sind von Natur dazu bestimmt, die Feuchtigkeit, die atmosphärischen Niederschläge und den Lauf der Gewässer zu regulieren. Das Regen- und Schneewasser halten die Wälder an sich, füllen die Quellen der Bäche und verhindern, daß sich plötzlich Gießbäche von den Bergen stürzen, die dünnen Nährschichten des Bodens herabschwemmen und plötzliche Überschwemmungen bewirken. Die Wahrheit dieser Sätze ist durch die Erfahrung aller Länder bewiesen. Durch die Verstörung der Waldungen auf den Gebirgen hat die Erträglichkeit des Bodens namentlich in den Ländern der frühesten Cultur außerordentlich gelitten, wodurch sich jeder, der den Orient bereit, überzeugen wird, wie ich es aus eigener Beobachtung gethan habe. Dazu kommt in neuerer Zeit die Rücksicht auf die Flotte, weshalb Waldungen wenigstens auf den Berggründen erhalten werden sollten, da sie in der Ebene vielfach dem Aderbau weichen müssen. Es ist wünschenswert, daß wir hinsichtlich des Schiffbaulandes vom Auslande unabhängig sind. Die Eichen und Tannen wachsen langsam und die Schiffe verbrauchen sich schnell. Was die aus der Verstörung der Waldungen hervorgehenden Gefahren für die Landesfultur betrifft, so herschen, nach den Motiven zu schließen, im Ministerium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ähnliche Ansichten, wie ich sie aussprechen habe.

Graf Udo zu Stolberg kann diese kastistische Behandlung der einzelnen Bedürfnissen im § 2 nur billigen, ist aber zweifelhaft, ob auch wirklich alle möglichen Fälle darunter begriffen sind; z. B. der Fall des Schneebrettes, der besonders in Gebirgsgegenden, in denen die Grenze zwischen den Waldparcellen auf den Gebirgszämmern und am Rande des Hochplateaus geht, für die Nachbargrundstücke sehr gefährlich werden kann.

Minister Dr. Friedenthal bittet das Haus, den Tellkampf'schen Antrag abzulehnen, der kein redaktioneller sei, sondern eine wesentliche Änderung enthalte, was die vom Vorredner erwähnte Gefahr des Schneebrettes betrifft, so wird sie wohl unter den Fall zu subsumieren sein, daß durch Verstörung des Waldbestandes in den Freilagen Feldstrukturen und Ortschaften den nachtheiligen Einwirkungen der Winde in erheblichem Grade ausgegesetzt sind.

§ 2 wird ohne Änderung angenommen. Bei allen anderen Paragraphen findet eine Debatte nicht statt und werden dieselben nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Es folgt die einmalige Schlussberatung über den Entwurf einer Vormundschaftsordnung nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses.

Referent Dernburg empfiehlt die unveränderte Annahme des Entwurfs, der vom Abgeordnetenhaus nur redaktionell abgeändert sei.

Graf zur Lippe hebt hervor, daß das Abgeordnetenhaus in § 27 den vom Herrenhause beschlossenen Zusatz: „Der Vormund hat über den Mündel das väterliche Zuchtrecht“ bestätigt habe. Er hält diese Bestimmung für unentbehrlich und beantragt daher die Wiederherstellung des Alineas, ohne welches der Vormund einer unverständigen Mutter und dem von ihr verzogenen Kind gegenüber machtlos sei.

Geheimrat Kurlbaum: Auch diejenigen Mitglieder der Abgeordnetenhaus-Commission, welche sich für Aufrechterhaltung dieses Alineas ausgesprochen, haben dies, um möglichst den Beschlüssen des Herrenhauses anzukommen, keineswegs aber, weil sie diese Bestimmung für gut hielten. § 28 läßt ausdrücklich die Fälle auf, in welchen der Mutter die Erziehung des Mündels entzogen werden kann. Will man daneben dem Vormund die Zulassung des Mündels gegen den Willen der Mutter gestatten, so liegt darin ein Eingriff in das Erziehungsrecht der Mutter, der auf die Entziehung desselben hinauskommt.

Generalstaatsanwalt Weber und Tribunalssprecher v. Gosler sprechen sich ebenfalls gegen die Wiederherstellung des Zusatzes aus. Daß der Vormund mit dem Einverständnis der Mutter den Mündel züchten kann, sei ohnehin selbstverständlich. Herr v. Kleist-Reckow erachtet das Zuchtrecht des Vormundes ebenfalls für eine selbstverständliche in seinem Umkreis liegende Befugnis, wünscht aber dennoch, um alle Zweifel zu beseitigen, die ausdrückliche Aufnahme der Bestimmung. Der Referent kann sich davon keinen Vortheil versprechen, wenn man nicht gleichzeitig die im Zuchtrecht liegenden Befugnisse näher definieren wolle.

Ein Antrag v. Gosler auf En bloc-Annahme des Entwurfs, welcher nach der Geschäftsordnung des Hauses die Discussion und Abstimmung über das Amendum des Grafen Lippe nicht einschließt, wird angenommen. Letzteres wird nochmals vom Antragsteller empfohlen, dagegen vom Justizminister, dem Generalstaatsanwalt Weber und dem Berichterstatter bestimmt; ersterer constatirt, daß sich in den Ländern des gemeinen Rechts niemals ein Bedürfnis nach einer solchen Bestimmung gezeigt habe. Das Amendum wird hierauf abgelehnt und der Entwurf im Ganzen mit großer Mehrheit angenommen.

Schluss 3 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. (Tages-Ordnung: Zweite Beratung der Gesetzentwürfe über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden und über die Orden und ordensähnlichen Congregationen der katholischen Kirche und mehrere kleine Gesetze.)

Berlin, 24. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Post-Directoren v. Beerenberg zu Weisenfeld und Stellmacher zu Stolp in Pommern, sowie dem Ober-Postmeister-Lendanten, Rechnungs-Math. Valde zu Stettin den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Justizrat und Notar Johanning zu Köln und dem Steuer-Empfänger und Stifts-Kantmeister, Rechnungsrath Manger zu Siegen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem kaiserlich und königlich österreichisch-ungarischen Hof- und Ministerial-Math. v. Lescenberg im Ministerium des Kaiserlichen Hauses und des Neuenhofs den Stern zum Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem bisherigen Secretär der kaiserlich japanischen Gesandtschaft in Wien, Leibigen Attaché bei dem kaiserlichen Geheim-Rath zu Nedjo, Freiherrn v. Siebold, den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; sowie dem Vice-Consul des Deutschen Reichs, Brönn zu Port-Saïd, und dem königlich bayerischen Polizeibeirats-Commissär Gehret zu München den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser haben im Namen des Deutschen Reichs den königlich preußischen Bauinspektor Olivier Louis Julius Pavel zum kaiserlichen Regierungs- und Baurath in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen ernannt, sowie dem kaiserlichen Regierungs- und Baurath Spannagel zu Colmar die nachgesuchte Entlassung aus dem Elsaß-Lothringischen Dienste befreit. Rüdtlitz in den preußischen Staatsdienst ertheilt.

Se. Majestät der Kaiser haben den Gemeinderath Dr. Wenninger, Kantonalarzt zu Molsheim, zum Beigeordneten dieser Gemeinde ernannt.

Dem Gerichtsassessor Dr. jur. Paul Kayser in Straßburg ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste des Reichslandes ertheilt.

Se. Majestät der König hat den Wirklichen Geheimen Rath und Director im Ministerium des Königlichen Hauses von Obstfelder auf seinen Wunsch von der sogenannten interimistischen Wahlnung der Directorialgesellschaft bei dem Königlichen Hausarchiv entbunden und den Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath und vortragenden Rath in demselben Ministerium von Schweinitz zugleich zum Director des Hausarchivs ernannt.

Die Wahl des Schulrectors Eduard Sommerfeldt in Auklam zum Rector der höheren Bürgerbürole in Nauen ist genehmigt worden. An dem Königlichen Schulrechts-Seminar zu Neu-Kuppin ist der bisherige Rector Deyé zu Schwedt a. O. als erster Lehrer und der bisherige Organist Schütz zu Seebauen i. Altmark als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

Der bisherige Königliche Kreisbaumeister Otto Demniß zu Groß-Strehlitz ist als Königlicher Landbaumeister nach Oppeln versetzt und ihm die neu erierte zweite technische Hülfsschule bei der Königlichen Regierung derselbst verliehen worden. Der Königliche Eisenbahn-Maschinenmeister Sud zu Hannover ist in gleicher Eigentümheit zur Eisenbahn-Verwaltung, unter Anweisung des Wohnsitzes zu Königsberg i. Pr. versetzt worden. Der bisherige Königliche Eisenbahn-Maschinenmeister Oberbeck zu Hannover ist, unter Belösung in seinem gegenwärtigen Dienst-Berthalt als Vorsteher des maschinentechnischen Bureaus der Königlichen Eisenbahn-Direction derselbst zum Königlichen Eisenbahn-Maschinenmeister ernannt worden.

Berlin, 24. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen am gestrigen Sonntage den Königlich sächsischen General-Lieutenant von Montbe, begaben sich mit dem 2 Uhr-Zuge nach Jagdschloß Glinke und kehrten um 6 Uhr wieder nach Berlin zurück.

Heute Vormittag hörten Se. Majestät die Vorträge des Oberjägermeisters Fürsten Pless und des Geheimen Kabinettsraths von Wilmowski. (Reichs-Anz.)

○ Berlin, 24. Mai. [Die italienische Reise des Kaisers. — Pensionierung der Militärpersonen. — Die Standesämter.] Nachdem einige Zeitlang die Gerüchte über den italienischen Reiseplan des Kaisers in den Hintergrund getreten waren, wird jetzt von offiziell bestätigten Correspondenten die Angelegenheit wieder aufs Tafel gebracht und zwar die neue Version verbreitet, der Kaiser habe die Ausführung seines Planes bis zum nächsten Frühjahr vertagt. Diese Nachricht ist durchaus unbegründet, vielmehr steht, wie man aus zuverlässiger Quelle erfährt, nach wie vor die Absicht des Kaisers fest, wo irgend möglich, die Reise im Herbst dieses Jahres zur Ausführung zu bringen. — Fürst Bismarck wird in der Mitte dieser Woche, vorwiegend am Donnerstag, von seinem Ausfluge zurückgekehrt. Nach dem Besuch des Königs von Schweden wird sich der Fürst wahrscheinlich auf längere Zeit nach Varzin begeben. — Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Herr von Bülow, geht, unmittelbar nach der Abreise des Kaisers nach Ems eine Badereise nach Carlsbad anzureisen. In der geschäftlichen Leitung des Auswärtigen Amtes wird derselbe, wie gewöhnlich, durch den Wirklichen Geheimen Rath Herrn von Philippssborn vertreten werden.

Auf Grund der Bestimmungen des § 23 des Gesetzes vom 27. Juni 1871, betreffend die Pensionierung und Versorgung der Militärpersonen, hat der Kaiser durch Aufforderung Ordre genehmigt, daß der Feldzug des Jahres 1866 denjenigen in den Civil- oder Militärdienst des Reiches eingetretenen Offizieren, Beamten und Mannschaften, welche bei Truppen der in jenem Jahre im Kriege beständig gewesenen deutschen Staaten gestanden haben, als Kriegsjahr anzusehen ist, sofern dieselben an einem Gefechte Theil genommen oder behufs Ausführung von Operationen zu kriegerischen Zwecken die Grenzen ihrer damaligen Heimatländer verlassen haben. Diese kaiserliche Bestimmung hat rückwirkende Kraft für alle seit dem Jahre 1866 pensionirten Personen der genannten Kategorie. In dem diesjährigen Staatshaushaltsetat sind für Remunerirung der Standesbeamten und für die Beschaffung der Formulare zu Standesregistern Ausgabe-Beträge angefest, die vorläufig nach einer ungefähren Schätzung des Bedarfs berechnet werden müssen, da es an Erfahrungen über den wirklichen Bedarf noch mangelt und die angestellten Ermittlungen daher keinen genügenden Anhalt gewähren können. Die im Laufe des Jahres 1875 aus den einzelnen Provinzen eingegangenen Bedarfs-Nachweisen haben nun eine erhebliche Verschiedenheit der Beträge im Verhältniß zur Zahl der Standesämter gegeben, so daß eine nähere Begründung des Bedarfs nothwendig erscheint. Durch eine Verfügung des Ministers des Innern sind daher die Oberpräsidenten angewiesen worden, im Hinblick auf die Aufstellung des Staatshaushalt-Statuts für 1876 die zur Besteitung der persönlichen und sächlichen Kosten der Standesämter jeder Provinz erforderlichen Summen nach den von der Centralbehörde vorgeschriebenen Formularen anzugeben.

Berlin, 24. Mai. [Die Vereinigung der Post und Telegraphie. — Das Domänenwesen. — Viehaustellung g. — Dementi. — Das krohnprinzliche Paar.] In den nächsten Tagen, wahrscheinlich sogar schon morgen, wird eine Plenarsitzung des Bundesrates stattfinden. — Wie man hört, wird die Vereinigung der Post- und Telegraphenverwaltung unter einem Chef, dem General-Post-Director Stephan nach manchen Richtungen hin neue organisatorische Einrichtungen im Gefolge haben, über welche gleichfalls der Reichstag in seiner nächsten Session, wohl bei der Staatsberatung, zu befinden haben wird. So wird bezüglich der vereinigten Behörden den beiden Ressorts vorgeschlagen werden, daß einer Post- und Telegraphen-Direction je nach der Persönlichkeit des Beamten, ein Director aus dem Post-Ressort und ein Adlatus aus der Telegraphen-Verwaltung oder umgekehrt ein Director aus der Telegraphen- und ein Adlatus aus der Postverwaltung vorstehen sollte. Überhaupt hört man, daß die Beamtenverhältnisse beider Ressorts nach Rang und Gehalt anderweit geordnet werden sollen. Es schweben jedoch selbstverständlich noch eingehende Beratungen, deren Resultate wohl erst nach Monaten vorliegen möchten. — Die Frage über die Restitutio des preußischen Domänenwesens vom landwirtschaftlichen Ministerium ist noch immer nicht von der Tagesordnung verschwunden und wird wohl im Laufe d. J. noch einmal mehr in den Vordergrund treten. In sehr häufigen Fällen sind in der letzten Zeit nach dieser Richtung hin aus den verschiedensten Themen der Monarchie dringende Wünsche laut geworden. Es wird von keiner Seite verkannt, daß die jetzige Ressortbehörde, das Finanzministerium in seiner Weise bei der Leitung der Domänen die finanziellen Interessen bestens wahrnimmt. Es geschieht dies indessen doch nicht selten auf Kosten der wirtschaftlichen Interessen, denen die sachkundige Leitung des landwirtschaftlichen Ministeriums unstreitig in praktischer Weise Rechnung tragen würde. Es wird sich zu zeigen haben, wie weit man diesen berechtigten Wünschen Rücksicht schenken will. — Die im diesjährigen Staatshaushalt-Statut dotirte Errichtung einer besonderen wissenschaftlichen Deputation für das Veterinärwesen ist jetzt ihrer Ausführung näher getreten, nachdem der Kaiser die Vorschläge zur Erneuerung von Mitgliedern aus den Kreisen wissenschaftlicher Capacitäten und der Landwirtschaft genehmigt hat. — Die Resultate der vor einigen Wochen hier stattgehabten Majestät-Ausstellung haben in so hohem Grade die Interessen wie

Schweiz.

Bern, 19. Mai. [Kirchliches.] — Der Erkönig von Hannover. — Besteigung des Montblanc.] Die gestern in Bern zusammengetretene evangelisch-reformierte Kirchensynode des Cantons Bern hat — so schreibt man der „K. Z.“ — nach Erledigung einer Anzahl Vorlagen rein geschäftlicher Natur heute folgenden Antrag des Synodalrathes angenommen: „1) Die Einführung von Bezirksynoden ist wünschbar. 2) Ueber Circumscription, Organisation, Geschäftskreis &c. derselben sollen im Laufe des Sommers mit zu diesem Zwecke zu wählenden Gemeindeabgeordneten vorberathende Verhandlungen gepflogen werden, deren Beschlüsse als Anträge vor die ordentliche Herbstsynode gelangen. 3) Die Abgeordneten treten nach den bisherigen Synodalbezirken zusammen und werden im Verhältniß der bisherigen Bevölkerungszahl der einzelnen Gemeinden entweder vom Kirchengemeinderath oder von der Kirchengemeinde selbst gewählt. 4) Jede Gemeinde sendet wenigstens zwei Abgeordnete; Gemeinden von 2—4000 Einwohnern senden drei, Gemeinden von mehr als 4000 Einwohnern senden vier Abgeordnete. Außerdem steht die Theilnahme mit berathender Stimme jedem frei, der sich für kirchliche Angelegenheiten interessirt.“ — Von allen Seiten regnet es heute Ansprüchen an das Volk, betreffend die Volksabstimmung über das politische Stimmrecht-, Civilstands- und Ehegesetz, theils empfehlender, theils abmahnender Natur. Unter letzteren paradiert ganz besonders ein Flugblatt der kürzlich in Olten constituirten hochconservativen protestantisch-orthodoxen Reaktionss-Colonne mit den Schlagwörtern „Generalpardon für lieberliche Hausbäder“, „20jährige Bürgschaft“, „Buchhändler“ &c. &c. — Laut „Oberländer Volksblatt“ soll der deposidirte König von Hannover das Schloß Syiez am Thuner See angekauft haben, um dort den Sommer über seine Residenz aufzuwählen. — Am Pfingstfest hat zum ersten Male zu dieser Jahreszeit eine Besteigung des Montblanc stattgefunden, ausgeführt von einem Mitgliede des englischen „Alpine-Club“, einem Herrn P. S. Kennedy, in Begleitung zweier Führer. Die fahnen Bergsteiger hatten schwer mit einem unter ihnen Schritten erreichenden Schnee und tropischer Sonnenhitze zu kämpfen. Nichtsdestoweniger kehrten sie wohl und gesund nach Chamounix zurück.

Rußland.

St. Petersburg, 21. Mai. [Der „Golos“ und die Friedensfrage. — Die sibirische Bahn.] Aufs Neue unterwirft der „Golos“ die Sachlage einer Kritik, indem er sich vorwiegend auf den „Times“-Artikel vom 6. Mai bezieht. Er will es dabei nicht in Abrede stellen, daß „aus misverständlichem Patriotismus“ und „weil die Begeisterung für den Kriegsrückhalt noch nicht abgeklungen“ in manchen Kreisen in Deutschland principieller Hass gegen Frankreich genährt würde; er giebt nur zu, daß man in eben diesen Kreisen gegen Frankreich eine Politik empfehle, wie die römische einst gegen Karthago gewesen. Doch giebt der „Golos“ in seiner Weise zu, daß solche Gedanken sich bei denen geltend zu machen im Stande wären, welchen die Leitung der Geschichte Deutschlands anvertraut ist.

Denn zunächst meint der „Golos“, die Franzosen hätten gar keine Neigung Krieg zu führen — ohne Aussicht auf Allianzen. Deutschland wird aber von Männern geleitet, denen man mutwillige Grobherzigkeit schlechterdings absprechen muß und die nur mit gewissenhaftester Prüfung und aus Notwehr die Last und Verantwortlichkeit eines Krieges auf sich nehmen. Diese Überzeugung über den Charakter der deutschen Reichsregierung und der deutschen leitenden Staatsmänner steht so fest, daß, wie die „Times“ die Kriegs- und Friedensfrage als von Deutschlands Entscheidung abhängig hinstellte, sich sofort die Befürchtungen zu legen anfangen. Von ihrem Standpunkt hätten die Deutschen um so weniger Ursache abzugehen, als die Sicherheit ihres Reiches durch das Drei-Kaiser-Bündniß — welches ein Friedensbündniß ist und bleibt — gegen Angriffe von französischer Seite auf das Beste gewahrt wird. Die Idee des Drei-Kaiser-Bündnißes garantirt den Völkern eine ruhige, ungefährte Entwicklung ihrer Wohlfahrt, und bedroht nur denjenigen, welcher mutwillig den Frieden stört. Da Deutschland von den drei Kaiserreichen das einzige ist, welches einen neuen angefeindeten und beneideten Besitzstand aufweist, so hat es durchaus keine Veranlassung, auf die Lockerung des Drei-Kaiser-Bündnißes einzuwirken. „So lange dieses Bündniß besteht, kann es in Europa keinen Krieg geben, weil ein Krieg an und für sich dieses Bündniß auflösen würde. Gesichert durch dieses Bündniß vermag Deutschland in Frieden und Ruhe seine inneren Kräfte zu entwickeln, und Frankreich muß im Hinblick auf diese ehrfurchtgebietende Entente seine Neuanhänger auf unbestimmte Zeit vertagen — möglicherweise auf so lange, bis die Leidenschaften überhaupt verstummen.“ — Die Frage der sibirischen Bahn gelangte im Ministercomite am 18. Mai zur Entscheidung. Von allen vorgeschlagenen Projecten, deren es im Ganzen vier gab, von welchen aber die sogenannte nördliche Richtung (Petersburg-Wologda-Perm-Tjumen) und die sogenannte südliche (Moskau-Nischny-Novgorod-Kasan-Katharinenburg-Tjumen) im Vordergrunde waren, erlangte die letztere mit gewaltiger Majorität den Vorzug. 20 Stimmen, worunter die aller Minister mit Ausnahme des Ministers der Verkehrswege, sprachen sich für die Richtung Nischny-Novgorod-Kasan-Katharinenburg aus, und nur 4 Stimmen für die nördliche Richtung Wologda-Perm. Die Kasan-Katharinburger Richtung fällt mit dem alten Handelswege zusammen, und hat auch alle aus Sibirien selbst eingelaufenen Stimmen für sich. Die Wologda-Permische Richtung wird von den Gouverneuren von Perm und Wjatka im Interesse ihrer Provinzen befürwortet, und der Minister der Verkehrswege interessirte sich für sie aus manchen technischen Gründen, welche eine verhältnismäßig billige Herstellung der Bahn versprachen. Dagegen sprach gegen die nördliche Richtung der Umstand, daß in den Gouvernementen Wologda, Perm, Wjatka der bisherige Verkehr geringfügig ist und ein größerer erst geschaffen werden müßte, während die Kasaner Richtung eine der großartigsten und blühendsten Verkehrsbewegungen von ganz Russland aufweist, für deren Ansprüche eine Eisenbahn sich ohnehin notwendig macht.

E. St. Petersburg, 21. Mai. [Die Kaiserbegegnung in Berlin. — Zur Hebung der Volksbildung.] Der „Grasdanin“ hat im Anschluß an die jüngste Kaiserbegegnung in Berlin von seinem dortigen Berichtsteller eine Correspondenz erhalten, welche von einer unmittelbar vor dem Eintreffen Kaiser Alexanders daselbst allgemein herrschenden gegen Frankreich gerichteten Kriegswuth und von einer durch den russischen Besuch herbeigeführten Besänftigung derselben zu melden weiß, und zwar unter greller Ausmalung aller angeblich vorgekommenen Einzelheiten. Da man es der Wahrheit für wahr gehalten hat, diese Ausgeburt einer erhöhten Phantasie in deutscher Sprache wiederzugeben, so sehe auch ich mich genötigt, mich mit derselben zu befassen, um zu erklären, daß dieselbe meinen neulichen Bericht über die anerkennenswerthe Stellung der öffentlichen Meinung Russlands zu dem jetzt von allen Seiten verabschauten Alarm-Kunststück zu modifizieren durchaus keine Veranlassung bietet. Die Correspondenz entbehrt jeglicher Bedeutung; sie ist von so komischem Charakter, daß man sie für eine Satire auf die Leichtgläubigen in der Alarm-Affaire halten möchte. Jedes Blatt, das sich durch den Umstand, daß

man es überhaupt für gut befunden hat, diese Lächerlichkeit dem Auslande zugänglich zu machen, verleiten lassen sollte, darin ein ernstes Symptom zu erblicken, müßte für duplizirt gelten. — Unter den fortgesetzten Bestrebungen zur Hebung der Volksbildung im russischen Reiche tritt die jüngst eröffnete Thätigkeit des neu gebildeten Orenburger Lehrbezirks hervor, da dieselbe ausgesprochenemassen besonders politischen Zwecken zu dienen bestimmt ist. Es ist ihr vorgezeichnet, die asiatischen Elemente der Gouvernements Perm, Ufa und Orenburg — über zwei Millionen meist mohammedanischer, theilweise auch heidnischer Baschkiren, Kirgisen, Mordwinen, Tschuwaschen, Tscherevischen u. s. w. — allmälig zu russifiziren. Indem man jedes Mittel der Gewalt verschmäht, soll es hier wie überhaupt die Schule sein, welche „die verschiedenartigen Theile des Reichs so zu einigen habe, daß alle von gleichen Gedanken und Gefühlen dem Staate gegenüber durchdrungen sind, daß die dem russischen Reich feindlichen Prinzipien, welche auf der Finsterniß der Unwissenheit, auf hartnäckiger Absonderung und geistigem Stillstande beruhen, eine Rendierung erfahren. Zu diesem Mittel wendet sich jetzt die Regierung in ihrer Sorge für das wahre Wohl ihrer Untertanen und des Staates, durch dieses Mittel hofft sie, die Nichtrussen zu den unter den Russen herrschenden Anschaunungen über die Natur und den Menschen, über den Staat und die Gesellschaft bringen zu können. Die Schule soll in den Gebieten fremder Nationalität dem Hauptzweck dienen, u. a. „die Nichtrussen von der schädlichen Ausschließlichkeit engherzig-nationaler Neigungen wie von religiöser Unduldsamkeit zu entfernen, sie auf den Weg allgemein menschlicher Bildung zu stellen und die Gleichgültigkeit, ja Feindseligkeit gegen die Fortschritte des Staatslebens in ein Anerkennen der Zweckmäßigkeit dieser Fortschritte umzuwandeln — mit einem Worte, aus einer unzugänglichen, abgeschlossenen Masse Bürger des russischen Reichs zu bilden, welche für alle wahren Interessen desselben Theilnahme empfinden.“ Von jeder Verpflichtung auf religiöse Glaubenssätze oder auf nationale Besonderheiten wird ausdrücklich nicht die Rede sein, „die einen wie die anderen sind Sache des freien Gewissens und der geschichtlichen Entwicklung.“ Dagegen soll das „unzulässige Recht“ zur Geltung gebracht werden, die Kenntniß der Reichssprache von allen Untertanen zu verlangen, „die russische Sprache muß nicht nur als Gegenstand des Lernens, sondern auch als Mittel des Unterrichts dienen.“ Das Wichtigste an diesem Wegzeiger für die Thätigkeit des Orenburger Lehrbezirks, der im Journal des Ministeriums der Volksaufklärung seinen Platz gefunden hat, ist, daß die damit ausgeprochenen Zwecke der Regierung als allgemeine, prinzipielle zu fassen sind, nicht bloß zu beziehen auf Baschkiren und Kirgisen, sondern auf die fremden, nicht russischen Elemente des Reiches überhaupt. Und wer vermöchte einem Staat das Recht abzusprechen nach solchen, von jeder Gewaltamkeit fernsten Grundsätzen bestrebt zu sein, sich die fremden Nationalitäten im Kreise seiner Angehörigen zu assimiliren?

Provinzial-Beitung.

Breslau, 25. Mai. Angekommen: Sc. Durchlaucht v. Sulkowski, a. Schloß Reisen. v. Roux, General aus Schweidnig. (Fremdenbl.) „[Feuer.] Gestern Abend in der 9. Stunde geriet Brüderstr. Nr. 46 in einem Schornstein angefammelte Asche in Brand, doch war die Gefahr bald vorüber. — Heute Morgen in der 3. Stunde brach auf dem Grunstadte Große Rothenstraße Nr. 9 Feuer aus. Der Dachstuhl des Kesselhauses der dort befindlichen Journierschneide-Anstalt stand bei Eintreffen der Feuerwehr bereit in vollen Flammen, doch gelang es ihrer Thätigkeit, das Feuer auf seinen Heerd zu befränken.

Breslau, 24. Mai. [Criminal-Deputation: Kriegspläne.] Der Feldzug in Frankreich hat uns deutschen Soldaten die spätesten, vorvergangenen und sinnreichste angelegten Verstecke mit Leichtigkeit aufzufinden gelehrt. Denn die vor uns aus ihren Häusern fliehenden Franzosen haben uns nicht einen Bissen Brot, nicht einen Tropfen Wein hinterlassen mögen und allen in Feld, Garten und Keller tief vergraben. Wir haben Wein, Brot und Schinken unter prächtig grünen Salatbeeten und in Seitenkammern zu diesen Wasserbrunnen entdeckt. Wenn uns die Not suchte schickte, so konnte es natürlich nicht fehlen, daß auch andere, für uns damals wertlose Habescheite der Entflohenen an's Licht gejogen und dann nicht wieder angestrichen wurden. — Auf diese Weise ist auch der Particulier Jean Baptiste Brenst zu Choisly le Roi um einen Theil seines Vermögens gekommen. Am 14. Septbr. 1870 verließ er vor den ankommenden deutschen Truppen sein Haus, nachdem er einige Wertpapiere, eine Lourer Eisenbahnaclie, etwa 8 bis 900 Francs wert und vier alte italienische Rentenbriefe, zusammen über 8000 Fr. lautem, nebst einem Silbergechirr tief in seinem Keller vergraben, und überdies den Zugang zu dem Kellerlokal hatte zumauern lassen. Als er am 11. April 1871 zurück kam, war der Keller geöffnet, der Schatz ausgegraben und verschwunden. Im December 1873 wurde durch das Bankhaus Rothschild in Paris bei der Lourer Eisenbahn ein sälliger Coupons jener verlorenen Arie zur Ausschaltung präsentiert, letztere aber beanstandet, weil der Diebstahl angezeigt worden war. Der Sprachlehrer Dr. C. aus Breslau hatte diesen Coupon an Rothschild zur Einlösung gebracht. Dreit in jenem Keller vergraben gewesenen alten italienischen Rentenbriefe wurden bei Emanuele Jenzi in Florenz von der deutschen Wechsel- und Effectenbank in Frankfurt a. M. zum Umtausch in neue Rente präsentiert. Das Frankfurter Haus hatte sie von Prinz und Mark in Breslau bekommen, wo sie von einem Carl Betschel zum Umtausch eingereicht worden waren. Beide, (Dr. C. und Betschel) hattent die Wertpapiere von dem Rentier N. von hier. Der biesige französische Consul Bonsoe hatte Anweisung erhalten, über den Erwerb dieser Papiere Erklärungen einzuziehen. Ihm sagte N., er habe sie in einem alten Schreibsekretär seines 1870 von hier verschwundenen Vaters gefunden. Die Polizei, die sich der Angelegenheit jetzt bemächtigte, hielt bei N. Haussuchung und fand die verlorene Eisenbahnaclie, und ein vom Bankhaus Oppenheim & Schweizer ausgestellte Kaufbescheinigung über 6000 Fr. ital. Rente. Als dem N. der Diebstahl zu Choisly le Roi und die Unmöglichkeit seiner Angaben vorgehalten wurde, gestand er, daß er die Papiere sämlich von dem Förster und ehemaligem Feldwebel im 6. Schles. Jägerbataillon Zwirner im October 1872 zu Dols, als er seinen dort bei Zwirners Compagnie stehenden Sohn besuchte, zur Verwertung erhalten habe. Zwirner gab an, er habe die Papiere von seinem Bruder, Maschinemeister Zwirner, der als Musketier im 51. Infanterie-Regiment den Feldzug mitgemacht, Anfang 1872 gekauft bekommen, sie für wertlos gehalten, und dem H. auf dessen Ansuchen gegeben, und gefragt, er könne damit machen, was er wolle. Der Bruder führte seinen Befehl auf den Stellmacher Carl Ernst zurück, der ihm die Papiere Ende 1870 zu Orly in Frankreich gegeben hatte, indem er sagte: Ich mag sie nicht, wenn Du sie nicht willst, werfe ich sie weg. Carl Ernst gibt an, er habe in der Nacht vom 20. zum 21. November bei Choisly le Roi den Musketier Frenzel, der von einem Granatsplitter getroffen war, nach dem Verbandplatz getragen. Hier habe ihm Frenzel die Papiere gegeben und sei nicht lange nachher gestorben. Diese Angaben — natürlich von den Papieren abgeleitet — sind durch das Kriegstagebuch des Bataillons durchweg bestätigt worden. Ernst war damals zum Hüftrontenträger commandirt. — Es ist nun gegen den Particulier N. und beide Zwirner Antlager wegen Habserei erhoben, während die Anklage annimmt, daß Ernst nicht die zum Thatbestand der Habserei erforderliche gewissmäßige Absicht gehabt habe. Die Vertheidigung führt aus, daß ein Vergehen oder Verbrechen, auf welches sich die Habserei beziehe, nicht erwiesen sei. Ein Diebstahl sei nicht nachgewiesen, es könne ebenso, nachdem die Wertpapiere blossgelegt worden, ein Fund gemacht worden sein. Fundunterschlagung sei im Militär-Straf-Gesetzbuche nicht bedroht, es kämen deshalb die obnein geltenden Gesetze, also hier der code penal in Anwendung, weil die That in Frankreich begangen sei; aber auch dieses Gesetzbuch lenne den Fund-Diebstahl nicht. Ebenso fehle es an dem subjectiven Beweisklein der Angeklagten, daß die Papiere unrechtmäßig erworben worden seien, denn jeder habe geglaubt, daß der Bordermann für geschenkt erhalten habe, und wenn Ernst in der That bei Annahme der Papiere keine strafbare Handlung begangen habe, so könnten auch die übrigen nicht der Habserei schuldig sein. Die Brüder Zwirner hätten überdies auch kein Vermögensinteresse an den Papieren

gehabet und deren Werth gar nicht gekannt. — Der Vertreter der Königl. Staats-Anwaltschaft, hr. Dr. Grüemann hielt die Anklage aufrecht und beantragte gegen N. 3 Monate Gefängnis u. 1 Jahr Chyverlust, gegen die beiden Zwirner 3 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof hielt für erwiesen, daß die Papiere durch eine strafbare Handlung, nämlich Diebstahl, mit dem Silbergeschirr von ihrem Verleih fortgelommen sind, sprach aber den Maschinemeister Zwirner frei, weil bei ihm, wie bei Ernst eine gewissmäßige Absicht nicht zu entdecken sei. Dagegen den Förster Zwirner verurteilte er zu 2, den Particulier N. zu 3 Monaten Gefängnis, und erachtete bei beiden je einen Monat von dieser Strafe für durch die erlittene Untersuchungshaft verbißt.

H. Breslau, 24. Mai. [Breslauer Bau-Spar-Genossenschaft.] Die gestern Vormittag 10 Uhr im kleinen Saale des Café restaurant abgehaltene Generalversammlung wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Kaufmann Wendriner, geleitet. Der Vorsitzende des Directoriums trug zunächst den von den Herren Laffleth und Werner eingereichten Rechnungs-Revisions-Bericht vor, worauf der Geschäfts-Vorstand für das Jahr 1874, der sich gedreht in den Händen der Genossen befand, zur Erledigung gelangte. Wir entnehmen denselben nachstehende Daten. Von den 444 Conten der 282 Mitglieder sind 49 Vollzahlerungen à 500 Thlr. und 196 à 100 Thlr. geleistet. Das Conto dieser Spareinlagen weist eine Gesamtsumme von 62,409 Thlr. 8 Sr. 2 Pf. nach, worin 2613 Thlr. 3 Sr. 3 Pf. gut geschriebene Zinsen und 1215 Thlr. 1 Sr. 9 Pf. gut geschriebene Dividenden enthalten sind. Aus den disponiblen Fonds wurden zur Herstellung von 5 Wohngebäuden 44,000 Thlr. bewilligt, außerdem von den pro 1873 bewilligten Hypotheken-Darlehen 5020 Thlr. als Restbeträge abgezogen. Die von der Genossenschaft beliebten Grundstücke, für welche noch 8,326 Thlr. 12 Sr. 3 Pf. zurückzuzahlen sind, repräsentieren einen Werth von 146,000 Thlr. An 14 Genossen sind 31,289 Thlr. 1 Sr. 7 Pf. auf Hypotheken-Darlehen gegen 18 bis 33-jährige Amortisation ausgleichen worden, wovon 4224 Thlr. 15 Sr. 7 Pf. amortisiert sind. Der erzielte Reingewinn hat es möglich gemacht, daß den sparenden Genossen außer den Zinseszinsen zu 4% p.C. auf das am Schlüsse des Jahres 1873 vorhandene Guthaben noch eine Extrabidende von 4 p.C. im Ganzen also 8% p.C. gutgeschrieben werden konnten.

Der Rechnungs-Abschluß pro 1874 balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 198,888 Thlr. 16 Sr. Die Bilance weist an Activa und Passiva 80,923 Thlr. 29 Sr. 2 Pf. nach; von der Activa betragen der Kassenbestand 1108 Thlr., das Hypotheken-Conto 74,326 Thlr., das Schulden-Conto 1711 Thlr., das Bank-Conto 100 Thlr., das Conto pro diverse 3677 Thaler, von den Passiva's betragen das Geschäfts-Anteil-Conto 62,409 Thlr., das Depositen-Conto 17,827 Thlr., das Betriebs-Conto 687 Thlr. Das Credit der Gewinne und Verlust-Berechnung beträgt 6814 Thlr., davon Bestand aus 1873 855 Thlr., Eintrittsgelder 36 Thlr., Zinsen und Provision 5579 Thlr., unabgängliche Dividenden 338 Thlr. In dem Detektiv verläuft sich das Conto für Kassen und Buchführung 580 Thlr., für Drucklachen, Insolvenz etc. 207 Thlr., Zinsen à 4% p.C. auf Geschäftsbanteile 2591 Thlr., bezgl. auf Darlehen 750 Thlr., Dividende à 4 p.C. pro 1874 1996 Thlr., Saldo-Vortrag 687 Thlr.

Die General-Versammlung genehmigte den Rechnungsabschluß, so wie die Festsetzung der Dividende und ertheilte dem Vorstande Decharge. Bei den sobald folgenden Wahlen von Vorstands- resp. Verwaltungsrats-Mitgliedern wurden an Stelle des durch den Tod ausgeschiedenen Stadt- rath a. D. Hübler und des freiwillig aus dem Vorstande ausgetretenen Buchhändler Morgenstern die Herren Sekretär G. Tylle und Kaufmann J. Kolbe gewählt. Die in Folge Ablaufs der Wahlperiode ausgeschiedenen Herren Kaufmann Schmoll, Kaufmann H. Hübler, Maurermeister Chr. Lich, Inspector Laffleth und Käfeler Hayne wurden wiedergewählt.

△ Steinau a.D., 23. Mai. [Eisenhahn-Angelgelegenheit. — Gewitter.] Bereits am Freitag vor den Feiertagen mache sich auf biesiger Babstrede ein bedeutender Personengruppe bemerkbar, welcher sich am Sonnabend noch mehr siegerte und auch über die Feiertage andauerte. Es dürfte allerdings hierzu das herrliche Pfingstwetter viel beigetragen haben. Die am Sonnabend hier ankommenden Jüge hatten meist 10 vollständig besetzte Wagen, während vorher stets 5 Wagen austreichten, welche dabei nicht zu stark besetzt waren. Bei diesem bedeutenden Verkehr von Passagierwagen war eine Verspätung der einzelnen Jüge unvermeidlich. — Zu unserer großen Freude bemerkten wir in diesen Tagen, daß mit den Anpflanzungen von Sträuchern auf den zwar sehr kleinen Plätzen in der Nähe des Empfangsgebäudes begonnen wurde. Auch das zwischen dem Empfangs- und Beamten-Gebäude belegene Thal wird ebenfalls mit Gängen versehen und jedenfalls auch mit Strauchwerk bepflanzt werden. — Was den Bau des biesigen Empfangs-Gebäudes betrifft, so hat sich bereits jetzt schon das unpraktische Mauerwerk (bezüglich seiner äußerst geringen Stärke) herausgestellt, dieweil sie keinen Raum für im Winter eine Unmasse Brennmaterial abzubrennen, während sich an warmen Sommertagen darin eine sehr lästige Hitze bemerkbar macht. Soldaten scheint das in der Nähe des Locomotiv-Schuppens stehende Beamten-Gebäude gebaut zu sein. In dem in unmittelbarer Nähe des Wasserthurmes erbaute Locomotiv-Schuppen können zwei Maschinen untergebracht werden, beberbert aber gegenwärtig nur zeitweise die den Arbeits- resp. Kriegs- befordernde kleinere Locomotive. — In den Nachmittagsstunden des heutigen Tages zwischen 3 und 4 Uhr entluden sich über Stadt und Umgegend mehrere schwere Gewitter, welche von einem Blauregen begleitet waren und stellenweise eine Überschwemmung verursachten. In westlicher und nördlicher Richtung der Stadt war der Regen mit Hagelkörnern vermischt, welche jedoch in biesiger Gegend keinen Schaden anrichteten. Vor dem Gewitter herrschte eine drückende Schwüle und zeigte der Thermometer im Schatten 20 Grad R. an. Auch nach dem Regen war durchweg warme Temperatur vorherrschend.

△ Landeshut, 23. Mai. [Zur Tageschronik.] Kurzlich verunglückte wieder ein Braubürste in dem zwei Stunden von hier gelegenen Ketschendorf, in dem er in einem kupfernen Kessel mit lebendem Wasser fiel. Obgleich auf sein Geschrei ein Gehülfe alsbald herbeieilte und ihn schnell herauszog, so war er doch von dem siedenden Wasser so zugerichtet, daß sich das Fleisch von den Armen löste. Erst nach zehn qualvollen Stunden wurde der Unglüdliche von seinen gräßlichen Schmerzen und Leiden erlöst. — Für den Gedenkstein, welcher auf Anregung des biesigen Polizei-Inspectors Zimmermann den 1866 aus den beiden Kirchspielen Landeshut gebliebenen Kriegern hier errichtet werden soll, sind bis zum 21. d. M. in Summa eingegangen 112 Thlr. 12 Sr. da die Sammlung sich so einträglich gestaltet, so soll nicht ein einfacher Gedenkstein, sondern ein größeres Denkmal errichtet werden und ist in der Königl. Bronze-Gießerei zu Potsdam ein ruhender Löwe (circa 4 Fuß lang) bestellt worden, der mit monumentalem Unterbau verbunden, auf der Promenade oder dem Militärkirchhof aufgestellt werden soll. Die Kosten der Herstellung des Monumentes werden sich auf ca. 140 Thlr. belaufen.

△ Neichenbach, 24. Mai. [Blitzschlag — Pastorwahl.] Gestern Nachmittags 6 Uhr entlud sich über unserer Stadt ein sehr schweres Gewitter; von den zahlreichen Blitzschlägen traf einer den Kanzel-Altar unserer evangelischen Kirche und beschädigte einige Verzierungen, sowie den vergoldeten Rahmen des Altarbildes, den es braun färbte; zum Glück zündete der Strahl nicht. Ebenso schlug es noch an mehreren anderen Stellen in der Stadt ein, ohne jedoch wesentlichen Schaden anzurichten. Auf den Außenwänden des Klinkenhofes wurde ein schmaler Streifen durch eine colossale Hagelmasse vollständig zerstört und noch heute läßt lagern die Schlossen auf dem Adlerstuhl. — Herr Archidiakonus Gruber aus Betschau wurde hent als 2. Pastor an biesiger evangelischen Kir

lose hingebende Thätigkeit, sowohl in Privat- als auch öffentlichen Verhältnissen eine der geachteten Stellungen im hiesigen Bürgerstande erworben, und wird der Verlust seiner uneigentlichen Würthamkeit in den vielseitigsten Ehrenämtern in den betreffenden Kreisen sehr empfunden werden. Auch die Mitglieder des Kreistages, welchem Herr Guttman ebenfalls angehört, ehrten sein Amt am 20. d. in der Versammlung durch Erheben von ihren Plänen. — Die neue Wasserzufuhr von Theresiengrube erweist sich seit ihrem ins Leben treten, als sehr ergiebig, so daß es z. B. möglich ist, die Fontaine auf dem Postplatz auch an den Wochentagen springen zu lassen. Dieser augenblidliche Wasserreichtum dürfte allerdings zum großen Theil in den so reichen anhaltenden Schne-Niederschlägen des vergangenen Winters mit seinen Ursachen haben und bleibt daher abzuwarten, wie die Ergiebigkeit und die Qualität des Wassers sich auch nach trockeneren Zeiten bewähren wird. — In die hiesigen sogenannten Ein- und Rücklaufsgeschäfte ist ein panischer Schrecken gefahren, seit einer Bekanntmachung der Polizeiverwaltung anordnet, daß diese Geschäfte einer gleichen polizeilichen Kontrolle unterworfen werden, und sich ähnlicher Bedingungen zu befreifigen haben, wie die gelegentlich concessionirten Leibämter. Es haben in Folge dessen mehrere der bekannten Inhaber solcher Rücklaufsgeschäfte bald ihre Schilder abgenommen und den Betrieb über Hals und Kopf eingestellt, wodurch jedenfalls eine Ausscheidung des überwiegend wucherischen Theiles herbeigeführt ist. — Auf die mehrfachen Eingaben des lautmännischen Vereins an die Ober-Postbehörden, um Errichtung einer Postannahmestelle in der Stadt, speziell auf die letzte dieser Eingaben, in welcher zugleich um Belastung des Telegraphenamtes in seiner jetzigen Bebauung gebeten wird, ist der Bescheid abgläufig erfolgt. Die Belastung des Telegraphenamtes nach der Post wird dadurch motiviert, daß es dann den Kaufleuten möglich sein wird, nach Empfang wichtiger Briefe sofort zu telegraphiren. Da wir aber hier keinen Börsenplatz haben und die Prinzipal selbst nicht nur in den seltsamsten Fällen die Briefe von der Post holen, so trifft diese Bequemlichkeit ebenso wenig zu, als wie im Gegenteil nach wie vor die jetzige Lage der Post eine sehr ungünstige und für Post und Publizist unsichere ist und bleibt.

△ Nosszin-Schoppinitz, 24. Mai. [Besuch des Herrn Oberpräsidenten.] Gestern, Sonntag, den 23. Mai, wurde unsern Ortschaften die hohe Ehre eines Besuches unseres verehrten Herrn Oberpräsidenten, Herrn Grafen Arnim-Voizenburg zu Theil. Derselbe hatte in Myslowitz der feierlichen Grundsteinlegung zur evangelischen Kirche beigewohnt, und kam Nachmittag gegen 4 Uhr in Gesellschaft der Herren Regierungsrath Raffel aus Oppeln, Ober-Regierungsrath v. Bästrow aus Breslau, Regierungsrath Neese aus Oppeln und Landrath v. Berlepsch aus Kattowitz bei uns an. An den Beamtenhäusern der Wilhelmshütte wurden die Herren von den Repräsentanten der hiesigen Gewerkschaften, den Herren Berggrath v. Krenski, Berg- und Hüttendirektor Bernhardi und Berggrath Maube, sowie von dem Ortsvorsteher Herrn Reich als Spize der kommunalen Behörden und dem Hüttendirektor Herrn Kochlovius als Oberbeamten der Wilhelmshütte begrüßt. Nach kurzer Vorstellung durch den Herrn Landrath von Berlepsch begaben sich sämtliche Herren zu Wagen nach der Paulshütte in Nosszin, wo Herr Director Bernhardi die Ehre hatte, dem Herrn Oberpräsidenten und seinen Begleitern das vor kurzer Zeit in Betrieb gesetzte großartige Blendenrohrwerk unter eingehender Erläuterung vorzuführen. Der Herr Oberpräsident ebenso wie der Herr Regierungsrath Raffel zeigten bei der Begrüßung, bei der Fahrt durch die Ortschaften und bei der Ausscheidung ein so reges Interesse für unsere kommunalen Verhältnisse und betätigten hierbei in ihren Fragen und Anreden an den Ortsvorsteher und andere eine so genaue Kenntnis derselben, daß wir fest der Überzeugung sind, daß unsere kommunalen Interessen auch bei den höchsten Behörden der Provinz, des Departements und des Kreises sich treue Förderer und Förderer erworben haben. Mit Freuden fügten wir hinzu, daß hierbei namentlich auch unser Herr Landrath aufrichtiger Dank gebracht, der stets das regste Interesse für unsere Orte an den Tag legt, und auch in richtiger Würdigung der Bedürfnisse uns einen Ortsvorsteher gegeben hat, der in Gewissenhaftigkeit und Selbstaufopferung seine schweren Pflichten erfüllt, und ohne zur Rechten oder Linken zu sehen, geradeaus trocken und schändlich auf seine Leistung und Treue treu, seinen Weg geht. — Nach Verlauf von mehr als einer Stunde setzten die hohen Herren ihren Weg weiter fort, um zunächst die Lourahsitter Werke zu besichtigen.

[Notizen aus der Provinz.] * Görlitz. Der „Anz.“ meldet: Seit den Feiertagen wird der Sohn eines hiesigen Fabrikbesitzers vermisst. Mit einigen Freunden hatte er eine mehrtägige Vergnügungsparade über Dohn, Lautsch u. s. w. unternommen und sich dort mit einem andern jungen Mann, angeblich um voraus zu gehen, von den Uebrigen getrennt. Seitdem hat man nichts mehr von den beiden jungen Leuten vernommen.

+ Groß-Glogau. Der „Stadtbote“ schreibt: Am 23. Mai hat wiederum eine Explosion einer Petroleumlampe stattgefunden, ohne daß irgend eine wahrnehmbare Veranlassung vorgelegen hätte. Die Lampe war nur halb gefüllt und der Docht nicht so hoch gebrannt. Die Explosion geschah in der Abwesenheit des Dienstmädchens, welches allein in der Küche beschäftigt war und sich dann auf kurze Zeit entfernt hatte. Als das Mädchen wieder zurückkam, fand sie die Lampe in kleine Stücke zertrümmt und die in der Nähe befindlichen wenigen brennbaren Gegenstände vom Feuer zerstört.

Ueber Wasser-Consum.

Der Fortschritt an Cultur und Gesittung zeigt sich vor Allem in der Zunahme der Reinlichkeit, welche nichts Anderes als die Zunahme von Gesundheit, von Wohlbefinden und Wohlstand zu bedeuten hat. Nicht mit Unrecht hat daher Liebig den Seifen-Consum als Wertmaßstab der Cultur unter den Völkeren verwerthet; unter den modernen Städten dürfte noch mehr die Ausdehnung und Benutzung der öffentlichen Einrichtungen für Reinlichkeit und Gesundheit, zu denen wir namentlich die Wasserwerke rechnen, einen solchen Maßstab abgeben.

Die bedeutende Zunahme, welche die Benutzung der Wasserwerke in den letzten Jahren seit ihrer Gründung am 1. August 1871 erfahren hat, kann daher unzweifelhaft als ein günstiges Zeichen für unsere Stadt angesehen werden. Die Hauptzahlen waren: ult. 1871 1872 1873 1874
Grundstücke mit Wasserleitung 550 1230 1940 2564
Steigerung in Prozenten 100 223,6 352,7 466,2
Zahl der Grundstücke überhaupt 4630 4661 4864 4959
Allo mit Wasserleitung Prozent 11,9 26,4 39,9 51,7

Trotz der bedeutenden Vermehrung der Grundstädte mit Wasserleitung, welche in 4 Jahren gegen 400 p.C. beträgt, ist also doch bis jetzt immer noch wenig über die Hälfte der Grundstücke damit versehen. Da aber gerade die neusten, also auch die größten Grundstücke sich bezeichnen, die Wasserleitung einzuführen, kann man wohl annehmen, daß sich verhältnismäßig noch mehr Personen dieser Wohlthat zu erfreuen haben. Freilich darf man andererseits nicht vergessen, daß die nur von den ärmsten Leuten am dichtesten bewohnten Miethäusern der äußeren Vorstädte meistens Wasserleitung nicht besitzen.

Das verschiedene Zahlungsprincip zeigt sich in den folgenden Zahlen

ultimo 1872 1873 1874
nach Wassermesser zahlende Grundstücke 603 1035 1703
nach Räumen zahlende Grundstücke 608 864 751

in Prozenten nach Wassermesser 49,8 54,5 69,4
nach Räumen 50,2 45,5 30,6

Man sieht also die beständige Abnahme der nach Räumen zahlenden Grundstücke — eine Errscheinung, welche — ganz abgesehen von allen andern Gründen — die obligatorische Einführung des Wassermessers vorbereitet hat. Der Gesamt-Consum betrug 1871 1872 1873 1874

Kubikmeter 580000 1920000 3536528 3919786

Steigerung in Prozenten 100 331,0 609,7 675,8

Legt man für die drei letzten Jahre mit vollem Jahres-Consum folgende

Bewohnerzahlen incl. der Fremden

z. zu Grunde 220000 230000 240000

und berechnet danach den Durchschnitts-

Consum, so ergiebt sich:

pro Kopf und Jahr } Kub.-Mtr. 8,27 15,376 16,332

und pro Kopf und Tag } Kub.-Mtr. 0,024 0,042 0,045

sowie pro Kopf und Tag Kubikfuß 0,78 1,36 1,46

Steigerung in Prozenten 100,0 174,3 187,2

Mit dieser intensiven Steigerung können wir vom allgemeinen Cultur-

Standpunkte schon zufrieden sein. Auch ist mit Rücksicht darauf, daß doch nur wenig über die Hälfte der Breslauer Häuser mit Wasserleitung versehen sind, der Durchschnittsconsum pro Kopf der ganzen Bevölkerung gar nicht gering zu nennen. Die hauptsächlichsten Städte, welche allgemeine Wasserleitungen haben, folgen nach dem allerdings nicht aus den letzten Jahren gleichmäßig vorliegenden Durchschnittsconsum pro Kopf und Tag in folgender Weise aufeinander: Berlin 1,5, Copenhagen 1,8, Paris 2,0, Wien 2,0, Hamburg 4, London 4,5 Kubikfuß.

Für die Erweiterung der Berliner Wasserwerke ist ein Tagesconsum von

4½ Kubikfuß angenommen. Ueberzeugt man diesen, nicht recht geläufigen Begriff in ein bequemeres Wort und nimmt man eine Familie zu durchschnittlich fünf Köpfen an, so würde bei 4½ Kubikfuß durchschnittlichem Tagesverbrauch jeder Familie ein Verbrauch von 607,5 Quart oder von über 50—69 gewöhnlicher Eimer täglich zu Gebote stehen. Jedenfalls aber ein kolosal Quantum, welches nur dadurch erklärt wird, daß ein sehr bedeutender Theil des Wasserconsums zur Spülung der Closets oder auch der Küchensteine und zur Bepflanzung verwandt wird. Für diese letzteren Zwecke bestehen wir bekanntlich die alte Wasserfunktion auf der Matthiasinsel, die sich vorzüglich bewährt und deren Produktion bei einem Vergleich mit anderen Städten dem angegebenen Consum aus dem neuen Wasserwerk hinzugezogen werden muß. Hier nach kommt Breslau's Wasserbedarf bei einem solchen Vergleich gar nicht schlecht weg.

Es ist noch besonders interessant, den Consum nach den Wochentagen zu betrachten, und zwar nehmen wir zur Vergleichung die Wochentage der drei heiligen und der drei kältesten Monate, sowie den Gesamt-Durchschnitt. Der durchschnittliche Consum

den Wochentagen	Sommer	Winter	Jahr 1874/75	im Sommer mehr Prozent
Sonntag	10363	8267	9194	25,3
Montag	12441	9990	10726	24,5
Dienstag	12467	10039	11000	24,2
Mittwoch	12567	10101	11148	24,4
Donnerstag	12674	9995	11160	26,8
Freitag	12880	9812	11158	31,3
Sonnabend	13161	10154	11478	29,6

Es ist im Allgemeinen erklärlich, daß im Sommer mehr Wasser gebraucht wird, als im Winter, und daß der Consum, im Sommer sogar ganz regelmäßiger, gegen das Ende der Woche steigt. Entschieden merkwürdig ist es aber, daß das größere Wasserbedürfnis des Sommers vom Dienstag bis zum Freitag constant steigt, von da da wieder constant fällt. Die gleichmäßiger der Wasser-Verbrauch im Sommer und Winter, um so besser offenbart für die allgemeine Reinlichkeit. Also ist der Theil der Bevölkerung, welcher Freitags am meisten Wasser zu konsumiren gewohnt ist, hierin am Unregelmäßigsten, resp. er gebraucht zu seinem sommerlichen Wasserbedürfnis, im Winter am wenigsten. Da auch der sonnabendliche Wasserconsum im Sommer erheblich über dem Mittwochconsum der übrigen Tage (außer dem Freitag) steht, so zeigt sich hier statistisch die sehr bekannte hauswirtschaftliche Ercheinung, daß man es mit dem „Reinemachen“ zum Sonntag, noch weniger zum Sonnabend, im Winter so genau nimmt, als im Sommer.

Vergleichen wir mit Rücksicht auf diesen Punkt die Resultate einiger anderer Städte, so ergiebt sich, daß Breslau noch immer die geringste Differenz zwischen Sommer- und Winter-Wasser-Consum zeigt. Die Differenz beträgt hier 26,4 p.C., in Kopenhagen 31,1 p.C., in Hamburg 34,5 p.C., in Berlin 57,4 p.C.

Seit dem 1. Juli 1874 liegen uns Wochen-Rapporten über den Wasser-Consum vor, ziehen wir dieselben nach Monaten zusammen, berechnen den täglichen Durchschnitts-Consum der ganzen Bevölkerung und stellen diesen Bahnen die durchschnittlichen Monats-Temperaturen gegenüber, so stehen die bis jetzt vorliegenden 10 Monate in folgender Reihenfolge:

1874 Juli	Kubikmeter	13188, mittlere Temperatur	+ 16°,84.
September	" 12082,	"	+ 13°,47.
" August	" 11822,	"	+ 13°,08.
October	" 11207,	"	+ 8°,58.
1875 April	" 10467,	"	+ 5°,23.
1874 November	" 10461,	"	+ 0°,50.
1875 Januar	" 10040,	"	- 0°,48.
1874 December	" 9814,	"	- 1°,15.
1875 März	" 9427,	"	- 0°,90.
Februar	" 9399,	"	- 5°,32.

Die vollständige Uebereinstimmung dieser beiden Reihen ist merkwürdig genug. Die einzige kleine Abweichung besteht in einer um eins höhere Stellung des December nach dem Wasser-Verbrauch, eine Ercheinung, die sich sehr leicht durch die Vorbereitungen zu Weihnachten und Neujahr, sowie durch die materielle Feier dieser Feste selbst erklärt. Dr. Brück.

Berlin, 24. Mai. Die Stimmung der heutigen Börse zeigte gegen die Vorlage durchaus keine Besserung, denn die lärmenden Verhältnisse walteten in ungeschwächter Weise fort. Die Nachrichten über die Lage der brasilianischen Bantos und der mit jenen noch verbundenen heimischen Institute melden zwar keine Verschärfung der Situation, hiesigen Ortes glaubt man aber den Vorgängen eine gesteigerte Aufmerksamkeit zollen zu müssen. Auf die heutige Börsentendenz wirkte auch ein Telegramm aus London, das die Analyse eines „Times“-Artikels zur Kenntnis brachte. Nicht minder verständigten die Zulässungen über die Zahlungsverhältnisse eines Pariser Finanziers, der als Hauptmotor in jüngster Zeit sich besonders geltend gemacht hatte. Der Speculationsmarkt kann ziemlich fest genannt werden, wenigstens hatten die Course anfänglich keine Reductionen erfahren, als aber Wiener und Frankfurter Depeschen von den betreffenden Plätzen ebenfalls eine leidlose und gedrückte Haltung meldeten, schwächte sich auch hier die Stimmung bei ganz belanglosem Geschäft nach und nach ab. Die schiefen Courses blieben aber auf nur unbedeutend. Man beschäftigte sich zum Theil auch schon mit der Prolongation und berechnete sich ein Déport für Desterreidische Creditactien von 70 Pf., für Franzosen von 80—90 Pf., Lombarden 70 Pf., Disconto-Commandit gingen glatt auf. Die localen Speculationswerthe waren sehr still. Disconto-Commandit 162,75, ult. 162,4—62,4—62,4—62,4, Darm. Union 17, ult. 16%—16%, Laurahütte 103, ult. 104,4—103,4%. Die Dester. Nebenbahnen trugen einen recht festen Charakter, verbreiteten sich aber im Allgemeinen sehr still; namentlich waren Galizier und Kaschau-Oderberger durch Festigkeit ausgezeichnet. Die Courses blieben aber auf vorgeträger Höhe oder zeigten durch nur ganz minimale Abweichungen. Die auswärtigen Staatsanleihen veränderten ihr Courses-niveau nur wenig und wurden überhaupt nur in sehr geringen Beträgen umgesetzt. Dester. Rentenpapiere und Wojo verzeichneten, Italiener still, Lüttich unbekannt, Amerikaner fast vollkommen geschäftslos. Von Russ. Werthen waren Pfo. Sterl.-Anteilen fest, Bahnen gaben etwas nach. Preußische und andre Deutsche Staatspapiere ohne Leben. Das Prioritätengeschäft kennzeichnete sich durch Festigkeit, Köln-Mindener 4 % und Bergische VI. gingen in größeren Beträgen um, auch Halle-Sorauer waren begehrt. Ungar. Nordostbahnen und Kaschau-Oderberg waren beliebt, Lombardische dagegen schwächer, Russische Prioritäten still. Auf dem Eisenbahnen-Märkte stagnierte das Geschäft fast vollständig, Rheinische waren matter, da für die Liquidation Stücke überfüllig zu sein schienen, Köln-Wiedener waren dagegen in der Liquidation gesucht, Wabhalter zeigten Schwäche, Stettiner befürworteten sich besser, Rumänier waren matt und weichend. Banken fest, Centralb. fest, Industrie- und Handel fest, Gewerbe, besser, Hamb. Bantob. sich bestätigend, Braunschweiger Hw. und Elberfelder Disconto bestieber. Leipziger Credit, Deutsche Bank und Allgemeine Bausant niedriger. Industriepapiere ohne Tendenz bis 142 fl., ältere Papiergänge 8—15 fl., Saaz Stadt vorh. d. W., 56 R. 230—240 fl., Saaz Bezirk dorfs. nominell 225—230 fl., Saaz Kreis dorfs. nominell 201—210 fl.

Wien, 24. Mai. [Die Einnahmen der franz.-österr. Staatsbahnen] betragen in der Woche vom 14. bis zum 20. Mai 510,253 fl., ergeben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehrnahme von 40,991 fl.

Wien, 24. Mai. [Die Einnahmen der Karl-Ludwigsbahn] betragen in der Woche vom 14. bis zum 20. Mai 234,710 fl., gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Mehr-Einnahme 31,088 fl.

Nürnberg, 22. Mai. [Hörselbericht.] Heute fanden keine nennenswerte Umläufe statt; Käufer klagen über erschwerten Einkauf und den Um- schlag der Tendenz umso mehr, da vor Kurzem noch bessere Qualitäten zu niedrigeren Preisen erhältlich waren. Es sind nur etliche Pötzchen zu 142, 145 und 148 fl. und ein Umsatz von 36—40 Ballen zu verzeichnen. Notrungen laufen: Marktware prima 134—142 fl., secunda 131—133 fl., Wolnzach Siegel 148—152 fl., Württemberger prima 148—150 fl., secunda 136—142 fl., Aischgrinder prima 138—142 fl., secunda 130—136 fl., Hallertauer prima 146—150 fl., secunda 134—142 fl., Eßacher prima 142—146 fl., secunda 130—138 fl., Hersbrucker Gebirgsboden 140—145 fl., Oberösterreichische prima 112—118 fl., secunda 105—110 fl., Spalter Stadt nominell 166—176 fl., Spalter Land, nächste Lage 140—150 fl., leichter Lage 133 bis 142 fl., 1873er 155—175 fl., ältere Papiergänge 8—15 fl., Saaz Stadt vorh. d. W., 56 R. 230—240 fl., Saaz Bezirk dorfs. nominell 225—230 fl., Saaz Kreis dorfs. nominell 201—210 fl.

Über die Desraudation bei der Deutschen Effecten und Wechselbank in Frankfurt a. M. bringt die „Tief. Blt.“ folgende Details: „Wenn auch dem Unternehmungsrichter die völlige Klärstellung dieser ganzen Angelegenheit überlassen bleiben muß, so wollen wir doch schon heute dem Publizum diejenigen Details mittheilen, welche als bestimmt festgestellt sind und über deren Richtigkeit wie möglichst genaue Erfundnungen eingezogen haben. Der Defendant R. war seit ca. 20 Jahren im Hahn'schen Geschäft

Wirtschaftsentwicklung der Bahn auf das diesjährige Jahresergebnis voraussichtlich nur geringen Einfluss üben."

Berliner Börse vom 24. Mai 1875.

Wechsel-Course.

Amsterdam	100 Fl.	8 T.	3½	175,15 bz
do.	do.	2 M.	3½	174,15 bz
Augsburg	100 Fl.	8 T.	4	—
Frankf. M.	100 Fl.	2 M.	4	—
Leipzig	100 Thlr.	8 T.	4½	—
London I. Lat.	3 M.	3½	20,45 bz	
Paris 100 Frs.	8 T.	4	81,70 bz	
Petersburg 100 R.R.	3 M.	5½	278,90 bz	
Warschau 100 R.R.	8 T.	5½	281,00 bz	
Wien 100 Fr.	8 T.	4½	183,70 bz	
do.	do.	2 M.	4½	182,35 bz

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	—	—
Staats-Auf. 4½%ige	4½	—	—
do. consolid.	4½	105,70 bz	—
Staats-Schuldscheine	3½	91,40 bz	—
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	135,25 bz	—
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,50 bz	—
Berliner	4½	101,20 bz	—
Pommersche	3½	86,70 bz	—
Schlesische	3½	94,90 bz G	—
Kurh. u. Neumärk.	4	86,50 G	—
Pommersche	4	97,30 bz	—
Possensche	4	96,50 bz	—
Preussische	4	97,70 bz	—
Westfäl. u. Rhein.	4	97,70 bz B	—
Sächsische	4	98,50 G	—
Schlesische	4	97,90 G	—
Badische Präm.-Anl.	4	118,60 G	—
Bayerische 4% Anleihe	4	118,80 G	—
Göln.-Mind.-Pommersche	3½	109,70 bz	—
Kurh. 40 Thlr.-Loose	241,00 G	—	—
Badische 35 Fl.-Loose	127,50 R	—	—
Braunschw. Präm.-Anleihe	3½	73,70 bz G	—
Oldenburger Loose	132,20 G	—	—
Louisd. — d.	Fremd.Bkn.	99,50 bz	—
Ducaten 9,03 G	Oest. Bkn.	184,05 bz	—
Sover. —	do. Silbgrid.	189,20 bz	—
Napoleons 16,38 bz	do. ¼-Guld.	—	—
Imperials 16,80 bz	Buss.Bkn.	252,20 bz	—
Dollars 4,22 bz			—

Hypotheken-Certificate.

Krapp'sche Partial Obl.	5	103,00 bz	
Unk. Pfib. d. Pr. Hyp. B.	4½	100,50 bz	
Deutsch. Hyp. B.	4½	95,75 bz G	
Kündb. Cent.-Bod. Cr.	4½	100,50 G	
Unkund. do.	(1872)	5	102,50 bz
do. rückbz. à 110	5	107,40 G	
do. do. do.	4½	100,50 G	
Unk. H. d. Pr. Bd. Crd. B.	5	103 G	
do. III. Em. do.	5	101 bz G	
Kündb. Hyp. Schuld-do.	5	100 bz G	
Hyp. Anth. Nord.-G. C. B.	5	101,50 bz	
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	105,50 bz	
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	111,50 bz	
do. II. Em.	5	107,70 bz	
do. 5% Pf. rückbz. 110	5	102,75 bz	
do. 4½% do. m. 110	4½	96,75 bz	
Meininger Präm.-Pfd.	4	103,20 bz B	
Oest. Silberpfandbr.	5½	53 bz	
do. Hyp. Crd. Pfndbr.	5	61,10 G	
Präb. d. Oest. Bd. Cr. G.	5	89,00 bz G	
Schles. Bodener. Pfndbr.	5	100,50 G	
do. do.	4½	95,00 G	
Südd. Bod.-Cred.-Pfd.	5	102,75 bz	
Wiener Silberpfandbr.	5½	53 B	

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4½	68,50 bz B
Papierente	4½	64,40 bz B
do. 54er Präm.-Anl.	4	111,75 G
do. Lott.-Anl. v. 60	5	117,00 bz
Credit-Losse	—	363,00 bz G
do. Bader Losse	—	310,90 bz
Russ. Präm.-Anl.	4½	181,50 G
do. do.	1866	177,30 bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	91,90 bz G
Russ. Pol. Schatz-Obl.	4	88,90 bz
Pom. Pfandbr. III. Em.	4	83,90 G
Pom. Liquid.-Pfandbr.	4	70,50 bz B
do. do. P. 1881	104,30 bz G	
do. do. 1858	102,50 bz	
do. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	99,30-40 bz B
Fransösische Rente	5	—
Ital. neue 5% Anleihe	5	72,30 bz
Ital. Tabak-Obl.	5	100,10 bz
Zaab-Grazer 100 Thlr. L.	4	83,70 bz
Rumänische Anleihe	8	105,80 R
Türkische Anleihe	5	42,80 bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	76,75 cbz G
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—	—
Finnische 10 Thlr.-Loose	39,10 bz G	—
Türken-Loose	102,40 bz	—

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,00 G
do. Engl. St. 3½	3½	83,90 bz
do. VI.	4½	95,70 bz
do. Hess. Nordbahns	5	102,50 G
Berlin-Görlitz	5	102,50 bz
Breslau-Freib.	5	—
do. Bader Litt.	4½	—
do. do. H.	4½	95,30 bz
do. do. J.	4½	—
do. do. III.	4	91 bz
do. do. IV.	4	99,50 G
do. do. V.	4	91,50 bz G
Halle-Sorau-Gub.	5	89,50 bz G
Märkisch-Posen	5	102,00 B
do. do. V.	5	102,50 bz
Breslau-Freib.	5	—
do. do. G.	4½	95,30 bz
do. do. H.	4½	95,30 bz
do. do. J.	4½	—
do. do. III.	4	91 bz
do. do. IV.	4	99,50 G
do. do. V.	4	92,30 bz
do. do. VI.	4	91,50 bz G
do. do. VII.	4	91,50 bz G
do. do. VIII.	4	91,50 bz G
do. do. IX.	4	91,50 bz G
do. do. X.	4	91,50 bz G
do. do. XI.	4	91,50 bz G
do. do. XII.	4	91,50 bz G
do. do. XIII.	4	91,50 bz G
do. do. XIV.	4	91,50 bz G
do. do. XV.	4	91,50 bz G
do. do. XVI.	4	91,50 bz G
do. do. XVII.	4	91,50 bz G
do. do. XVIII.	4	91,50 bz G
do. do. XVIX.	4	91,50 bz G
do. do. XX.	4	91,50 bz G
do. do. XXI.	4	91,50 bz G
do. do. XXII.	4	91,50 bz G
do. do. XXIII.	4	91,50 bz G
do. do. XXIV.	4	91,50 bz G
do. do. XXV.	4	91,50 bz G
do. do. XXVI.	4	91,50 bz G
do. do. XXVII.	4	91,50 bz G
do. do. XXVIII.	4	91,50 bz G
do. do. XXIX.	4	91,50 bz G
do. do. XXX.	4	91,50 bz G
do. do. XXXI.	4	91,50 bz G
do. do. XXXII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXIII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXIV.	4	91,50 bz G
do. do. XXXV.	4	91,50 bz G
do. do. XXXVI.	4	91,50 bz G
do. do. XXXVII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXVIII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXIX.	4	91,50 bz G
do. do. XXXX.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXI.	4	91,50 bz G
do. do. XXXII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXIII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXIV.	4	91,50 bz G
do. do. XXXV.	4	91,50 bz G
do. do. XXXVI.	4	91,50 bz G
do. do. XXXVII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXVIII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXIX.	4	91,50 bz G
do. do. XXXX.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXI.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXIII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXIV.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXV.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXVI.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXVII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXVIII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXIX.	4	91,50 bz G
do. do. XXXX.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXI.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXIII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXIV.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXV.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXVI.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXVII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXVIII.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXIX.	4	91,50 bz G
do. do. XXXX.	4	91,50 bz G
do. do. XXXXI.	4	